

Buddhismus in China

1949-1995: Von der Unterdrückung zur Rehabilitation

TEIL 1

Der Buddhismus stand in China stets im Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Kontrolle und dem Wunsch nach religiöser Selbstbehauptung. Carsten Krause skizziert die Entwicklung des Buddhismus in China. Teil 1 befasst sich mit der Unterdrückung der Religion ab 1949 bis zur Rehabilitation in den 80er Jahren.

Pagode auf dem heiligen Berg Huashan,
ca. 100 Kilometer östlich von Xi'an, China



von Carsten Krause

Der Buddhismus fand in China vor rund 2000 Jahren seine erste Verbreitung. Die buddhistische Geschichte in China hatte nicht zur Herausbildung einer landesweiten buddhistischen Vereinigung geführt, nicht zu einer autoritativen Leitfigur und nicht einmal zu einem, etwa der Bibel oder dem Koran vergleichbaren Kanon. Was unter „Buddhismus“ gefasst werden kann, mag mit der Mindestforderung der Zufluchtname zu den „Drei Kostbarkeiten“, Buddha, Dharma und Saṅgha, zu umreißen sein. So war die buddhistische Religion in China stets ein heterogenes Phänomen, das sich durch unterschiedliche Organisationsformen sowie regionale und doktrinäre Unterschiede auszeichnete. Historisch stand der Buddhismus in China von Anfang an im Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Kontrolle und religiöser Selbstbehauptung. Zunächst wurde er als Fremdkörper im chinesischen System angesehen. Durch die sich etablierenden klösterlichen Strukturen und den klerikalen Anspruch auf Unabhängigkeit von weltlicher Macht stellte er nicht selten eine sichtbare Herausforderung für den staatlichen Apparat dar. Die Dynamik und Popularität unter den dezentral organisierten buddhistischen Laien wurde vielfach als unsichtbare Bedrohung empfunden.

Buddhisten wurden in der Geschichte Chinas mehrfach zu Opfern religiös bzw. politisch motivierter Verfolgung, gerade dann, wenn der Buddhismus zu einem unübersehbaren wirtschaftlichen oder politischen Machtfaktor geworden war. Vor diesem Hintergrund hatten sich auf staatlicher wie auf buddhistischer Seite schon früh Diskurse entwickelt, um eine Machtbalance herzustellen.

Während sich zu Blütezeiten des Buddhismus in China, etwa während der Liang-Dynastie (502-557), der Tang-Dynastie (618-907) und der Qing-Dynastie (1644-1911), einige Kaiser selbst als Buddhisten verstanden, zum Teil sogar aus strategischen Motiven als Reinkarnationen von Bodhisattvas betrachteten, war die Situation für die Buddhisten zu Anfang des 20. Jh. ernüchternd: Konfrontiert mit der Moderne waren reformerische Bemühungen zur Rettung des von vielen Seiten als antiquiert, abergläubisch und unsozial eingeschätzten Buddhismus erforderlich. Während einige die buddhistische Praxis als staatsfern betrachteten, bemühten sich andere um institutionelle Reformen, um eine bessere Integration des Buddhismus innerhalb der Gesellschaft und auch um eine Anerkennung beim Staat, allen voran der Mönch Taixu (1889-1947).

Religion im neuen kommunistischen Staat

Mit der Machtübernahme durch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) im Jahr 1949 und der Gründung der VR China standen die chinesischen Buddhisten einer dezidiert materialistischen und damit religionsfeindlichen Führung gegenüber. Während die KPCh keine ausgearbeitete Strategie für den Umgang mit der buddhistischen Religionsgemeinschaft besaß, strebten so manche namhafte Buddhisten nach einer Einbindung in das neue staatliche System. Eine zentrale Rolle bei der Vermittlung spielte der Mönch Juzan (1908-1984). Er war ein Schüler des reformorientierten Mönchs Taixu (1889-1947) und

knüpfte an viele seiner staatskonformen Ideen an.

Juzan suchte nach einer Grundlage für die Existenzberechtigung des Buddhismus in dem kommunistisch regierten Staat. Er unterstrich, dass der Buddhismus eine atheistische Religion sei und mit seinem Ideal der Selbstlosigkeit dem kommunistischen Zeitgeist entspreche.

Die Erhaltung und Förderung des Buddhismus, so Juzan, könnten von positiver Wirkung für die innenpolitische Einheit und die außenpolitischen Beziehungen sein, da der Buddhismus in den „zu befreienden“ Gebieten wie zum Beispiel Tibet und Taiwan eine prominente Rolle spiele. Diese Argumentation trug maßgeblich zu einem wohlwollenden Grundverhältnis zwischen Staat und Buddhismus bei.

Die Kommunisten nutzten staats-treue buddhistische Vertreter wie Juzan, um über sie die Kontrolle der buddhistischen Gemeinschaft voranzutreiben. Juzan gelang es durch seine Mitwirkung in verschiedenen politischen Gremien im Jahr 1950 die Zeitschrift *Xiandai Foxue* („Moderner Buddhismus“) als offizielles buddhistisches Organ zu etablieren. 1953 wurde die nationale Chinesische Buddhistische Vereinigung (CBV, Zhongguo Fojiao Xiehui) gegründet – mit dem buddhistischen Laien Zhao Puchu (1907-2000) als treibender Kraft und faktischem Generalsekretär auf Lebenszeit.

Die Gründung dieser Organisation stimmte mit dem Ziel der KPCh überein, die Vielzahl der gesellschaftlichen Gruppen zu koordinieren und zu kontrollieren. In der Vereinigung waren von Anfang an auch die Buddhisten der tibetischen und südostasiatischen Strömungen vertreten. Für



die Ausbildung der buddhistischen Ordensgemeinschaft, des Saṅgha, wurde im Jahr 1956 eine nationale Chinesische Buddhistische Akademie (Zhongguo Foxueyuan) gegründet.

Mit der Schaffung dieser Einrichtungen waren die institutionellen Grundlagen gelegt worden, die bis heute – wengleich mit einer schmerzlichen Unterbrechung und stets unter politischer Aufsicht – den Buddhisten eine landesweite Selbstorganisation ermöglichen.

Die systemfreundlichen Vertreter des Buddhismus konnten sich durchaus mit einigen staatlichen Maßnahmen identifizieren oder sie zumindest akzeptieren, von der Bekämpfung abergläubischer Kulte bis hin zur Beseitigung feudalistischer Elemente. Allerdings gab es für Buddhisten vielfach Anlässe, um über die CBV oder die Xiandai Foxue Kritik an feindlichen Ein- bzw. Übergriffen kommunistischer Kader, insbesondere auf lokaler Ebene zu üben. Die Vertreter des Buddhismus waren zunehmend zur Selbstzensur bis hin zur religiösen Selbstaufgabe gezwungen. Die staatlichen Restriktionen nahmen im Verlauf der kommunistischen Machtkonsolidierung weiter zu.

So wurde schon Anfang der 1950er Jahre der buddhistische Orden im Zuge der Landreformen in großem Maßstab dezimiert, indem zahlreichen buddhistischen Klöstern durch die Enteignung von Ländereien die bisherigen Pachteinnahmen, Gemüsegärten, Vorräte etc. und damit schlichtweg die Existenzgrundlage entzogen wurden. In den Städten wurden Teile von Klosteranlagen für staatliche Einrichtungen, zum Beispiel für Kasernen der Volksbefreiungsarmee, zweckentfremdet.

Die bisherigen Dienstleistungen für Laien (z.B. Sütrenlesungen, Totenmessen), mit denen sich der Saṅgha seinen Unterhalt verdiente, wurden staatlich diskreditiert. Mönche und Nonnen erhielten Auflagen zur Teilnahme an landwirtschaftlicher oder

industrieller Arbeit im Dienste des Volkes und wurden zur Teilnahme an politischen Unterweisungen gezwungen.

Die staatlichen Sanktionen führten im Jahr 1964 zur Einstellung des Betriebs der Zeitschrift Xiandai Foxue und im Sommer 1966 schließlich auch zur Auflösung der CBV. Mit den verheerenden Zerstörungen buddhistischer Kulturgüter und der Vertreibung und Verhaftung von Mönchen und Nonnen, aber auch von namhaften Laienbuddhisten gipfelte die religionsfeindliche Haltung im Zuge der Kulturrevolution in einer fast vollständigen Auslöschung buddhistischen Lebens in China.

Nach der Kulturrevolution: Rehabilitation und Wiederaufbau

Erst im Zuge der Reformpolitik unter Deng Xiaoping (1904-1997) wurde der Buddhismus erneut als eine der fünf Weltreligionen anerkannt und in der VR China offiziell zugelassen. Für die Rehabilitation des Buddhismus war und ist bis heute die Wiederbelebung der CBV von elementarer Bedeutung. Diese nahm ihre Aktivitäten 1980 wieder auf. In Fortführung der Zeitschrift Xiandai Foxue dient seit 1981 die Zeitschrift Fayin („Die Stimme des Dharma“) als zentrales Publikationsorgan der CBV.

In den 1980er Jahren war die CBV zunächst mit zentralen Fragen des Wiederaufbaus befasst. Dazu gehörten die Unterstützung bei der Rückforderung und Instandsetzung von Klostergebäuden, die Nominierung von Äbten, die Neugründung von Buddhistischen Akademien zur Ausbildung von Mönchen und Nonnen sowie die allem zugrunde liegende doktrinäre Schwerpunktsetzung zum Zwecke der buddhistischen Legitimation gegenüber der parteistaatlichen Führung.

Kennzeichnend für diese Phase waren eine starke politische Abhängigkeit und wirtschaftliche Unselbstständigkeit der Buddhisten. Dies führte zu einem pragmatischen und zugleich mit den ideologischen Grundlagen des Sozialismus kompatiblen Ansatz, nämlich der Verbindung von Chan (Zen) und landwirtschaftlicher bzw. körperlicher Arbeit.

Diese chinesisch-buddhistische Sonderform hatte ihre Wurzeln in der Tang-Dynastie (618-907). Sie war Anfang des 20. Jh. in Taixus Reformansätzen sichtbar und auch bereits in den 1950er Jahren diskutiert worden.

„Buddhismus im Dienst des Sozialismus“ – unter dieser Maxime wurde die buddhistische Lebensweise im Kloster als staatskonform begründet. Mönche und Nonnen waren nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen, sondern sollten durch eigene wirtschaftliche Leistungen einen aktiven Beitrag für den Aufbau des Landes leisten.

Dabei gingen die Klöster unterschiedliche Wege, von der touristischen Vermarktung bis zum Betreiben kleiner Fabriken. Bekanntestes Beispiel ist die Vermarktung des Shaolin-Klosters. Als weitere Einnahmequellen dienten Selbstversorgungsprojekte (Anbau von Reis, Gemüse, Obst, medizinischen Pflanzen etc.) wie auch das Handwerksgewerbe (Betrieb von Handwebereien, Buchbindereien, Backstein- und Ziegelherstellung etc.).

Im Unterschied zur vorkulturrevolutionären Phase trieb der Staat die Mönche und Nonnen jedoch nicht in die Säkularisierung, sondern tolerierte dieses wirtschaftliche Engagement zugunsten einer erstarkenden religiösen Selbstbestimmung. Mit der Praxis des Chan-Buddhismus, die im Arbeitsalltag als eine Form der diesseitsgewandten spirituellen Schulung gedeutet wurde, hatte das Wirken in den 1980er Jahren allerdings in den wenigsten Fällen etwas gemeinsam.



In den 80er Jahren hatten die Klöster die Auflage, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas zu beteiligen. So wurden Klöster für Touristen geöffnet.

Vor rund 2000 Jahren gelangte der Buddhismus nach China. Buddhisten wurden in der Geschichte oft verfolgt.

Buddhismus mit patriotischer Gesinnung

In den frühen 1990er Jahren verfolgte die KPCh eine pragmatische parteiideologische Weiterentwicklung, in der der chinesische Patriotismus betont wird. Dieser hat sich wiederum zum gemeinsamen Nenner mit den Buddhisten herausgebildet. Im Vergleich zu anderen Religionen – wie zum Beispiel den christlichen Kirchen – ist die patriotische Gesinnung für die Buddhisten ein unproblematisches Identifikationsinstrument, da sie selbstbewusst darauf verweisen können, dass der Buddhismus im Verlaufe von 2000 Jahren zu einem untrennbaren Bestandteil der chinesischen Kultur geworden ist.

Der patriotische Auftrag, der auch in der Satzung der CBV festgeschrieben ist, wurde insbesondere im Zuge einer parteiideologischen Kampagne Mitte der 1990er Jahre durch die CBV bekräftigt. Die vermeintlich gemeinsame patriotische Interessenlage hat zu teilweise kuriosen Verflechtungen

geführt. Ein Beispiel ist der Protest der Buddhisten gegen die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch NATO-Raketen im Jahr 1999.

Ein besonderer Fall der beiderseitigen Instrumentalisierung des Patriotismus ist die Profilierung des Buddhismus auf der internationalen Bühne: Mehr denn je nutzte der Staat seit den 1980er Jahren den Buddhismus als Vehikel, um das politische Klima mit Nachbarländern in Süd- und Ostasien (inkl. Taiwan) zu verbessern. Seitens der chinesischen Buddhisten wurden diese Kontakte zunehmend genutzt, um die im eigenen Land verloren gegangenen Traditionen wiederzubeleben und neue (religiöse) Impulse von außen aufzunehmen.

Vereinzelte Delegationsbesuche erfolgten, und die Vier Heiligen Berge (Wutai-, Jiuhua-, Emei-Gebirge und Putuo-Insel) wurden Schauplatz eines internationalen buddhistischen Kulturaustausches. Eine besonders breitenwirksame Aktion bestand in der mehrfachen Entsendung von buddhis-

tischen Reliquien ins benachbarte Ausland. Seinen Höhepunkt erfuhr das internationale Engagement der chinesischen Buddhisten in enger Zusammenarbeit mit Regierungsstellen schließlich mit der Initiierung des „Weltbuddhistenkongresses“ im April 2006 in Hangzhou mit ca. 1.000 buddhistischen Teilnehmern aus über 30 Ländern. ■

Teil 2 im nächsten Heft widmet sich den neuen Entwicklungen hin zu einem karitativ engagierten Buddhismus und dem Ringen zwischen Ordinierten und Laien.

Dr. Carsten Krause studierte Sinologie und Rechtswissenschaften in Passau, Nanjing, Chia-i und Hamburg. Er ist Geschäftsführender Direktor des Konfuzius-Instituts an der Universität Hamburg, das die chinesische Kultur und den wissenschaftlichen Austausch zwischen China und Deutschland fördert.